

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffletten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandro, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“,

am 8. October l. J.

(Mit einiger Ansehung nach stenograph. Aufzeichnung.)
(Fortsetzung.)

Meine Herren! Bevor wir in dem Hauptgedankengang weiterreiten, muß ich neuerdings eine Unterbrechung desselben eintreten lassen, zu dem Zwecke, eine weitere Behauptung Schulze's zu widerlegen. Herr Schulze hat sich nämlich gegen die Ansicht des Socialismus, eine möglichst Gleichheit unter den Menschen herbeizuführen, gerichtet, und bei dieser Gelegenheit ausgesprochen, es müsse bei der Rechtsgleichheit sein Bewenden haben; eine sociale Gleichheit aber sei unmöglich, weil die Natur selbst Unterschiede unter den Menschen geschaffen habe. „Oder wollen wir“ — so rief Herr Schulze aus — „es vielleicht hindern, daß unter allen Verhältnissen der Starke, Kluge, Unterrichtete, Sittlichstchtige größere Erfolge, größere Anerkennung erndtet, als der Schwache, Haltlose, Leichtfertige Ungebildete? — das wird sich nun und nimmermehr ändern lassen.“

Zuvörderst habe ich Sie darauf aufmerksam zu machen, daß es der socialistischen Partei nicht einfällt zu glauben, daß man eine unbedingte Gleichheit unter den Menschen werde herbeiführen können; sie will vielmehr die Gleichheit nur, so weit sie überhaupt möglich ist, durchsetzen wissen.

Wir sehen nun in der Gesellschaft, wie sie jetzt ist, die ungeheuersten Unterschiede zwischen den Einzelnen, was ihre Stellung in dieser Gesellschaft, was die Möglichkeit, sich die Genüsse der Erde zu erschließen, ihre Leiden fern zu halten, betrifft. Nun erklärt Herr Schulze diesen Sachverhalt für einen naturgemäßen, weil die Natur selbst Unterschiede unter den Menschen gesetzt habe. Herr Schulze behauptet also: der Grund der in der menschlichen Gesellschaft hervortretenden, so außerordentlich großen Unterschiede liege in denen, welche von der Natur geschaffen sind. Ich werde Ihnen beweisen, daß das Gegentheil der Fall ist. (Unterbrechung) d. h. daß die gesellschaftlichen Unterschiede, weit entfernt, auf jenen natürlichen Unterschieden zu beruhen, umgekehrt diese letzteren gar nicht zur Entfaltung und Geltung kommen lassen. Beginnen wir zur Klarstellung der Sache bei den Höhen der Gesellschaft und betrachten wir uns zu diesem Zweck irgend einen Prinzen. Für die Stellung dieses Prinzen in der Welt, für die Möglichkeit, sich die Genüsse der Erde zugänglich zu machen, das Traurige oder auch

nur Unangenehme des Lebens sich fern zu halten, für sein Ansehen und die Geltung in der Gesellschaft u. s. w. ist es zunächst ganz gleichgültig, ob dieser Prinz geistreich oder dumm, ehrenwerth oder schlecht ist. Diese Unterschiede kommen ohne Zweifel zur Geltung in Vergleich zu anderen Prinzen, d. h. zu solchen, welche mit ihm in den gleichen gesellschaftlichen Verhältnissen stehen, nicht aber sind sie von Bedeutung im Gegensatz zu den andern gesellschaftlichen Klassen. Aber, m. H., wir brauchen nicht in diese Höhe der Gesellschaft zu steigen, wir können dieselbe Erscheinung in den mittleren Schichten derselben wahrnehmen. Der Sohn eines reichen Fabrikanten z. B. ist von vorn herein, durch seine Geburt, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, in die er von Anfang an eintritt, in einer ganz andern, unendlich günstigeren Lage, wie etwa derjenige, welcher gänzlich besitzlos, in einer armen Arbeiterfamilie geboren ist. Der Sohn eines solchen Fabrikanten, oder eines Banquiers, eines bemittelten Kaufmanns, hat, ganz einerlei, ob er geistreich oder dumm, ehrenwerth oder schlecht ist, von vorn herein eine bevorzugte Stellung der ungeheuren Masse der Menschen gegenüber. Mit andern Worten: die von der Natur gesetzten Unterschiede könnten nur dann zur Entfaltung und Wirksamkeit kommen, wenn die Menschen unter gleichen Bedingungen in den allgemeinen Wettkampf einträten. So aber ist es nicht, m. H., sondern im Gegentheil, der Eine ist von vornherein auf mehr oder minder schwer erreichbare Höhe gestellt, während der Andere mit eisernen Klammern von den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Tiefe festgehalten wird. Es ist möglich, und kommt immer da oder dort vor, daß ein Einzelner — niemals übrigens durch Talent und Thatkraft allein, sondern immer nur durch das Hinzukommen von Glücksfällen — die eisernen Gitter, mit welchen die gesellschaftliche Einrichtung ihn umgeben, durchbricht und zu Höherem sich aufschwingt; im Allgemeinen aber, m. H., für die ungeheure Mehrzahl der Menschen ist es eine Unmöglichkeit, die ehernen Schranken zu durchbrechen, in welche nicht die Natur, sondern die menschliche Gesellschaft, menschlicher Wille, die aus solchem Menschenwillen hervorgegangenen Einrichtungen ihn gestellt haben. Und was nun gar den „Unterrichteten“ im Gegensatz zum „Ungebildeten“ betrifft — woher hat er denn sein Unterrichtssein, als nur dadurch, daß ihm vermöge der gesellschaftlichen Lage, in der er geboren worden, ein Unterricht zugänglich war, der Millionen ver sagt bleiben muß? Sie sehen also, m. H., daß, wenn Herr Schulze Delizios zur Rechtfertigung der schreienden und unerhörten Ungleichheit in der menschlichen Gesellschaft sich auf die von der Natur gesetzten Unterschiede beruft, er nahezu das Gegentheil von dem sagt, was dem wahren Sachverhalt entspricht, indem gerade umgekehrt durch die unwiderstehliche Wirksamkeit der gesellschaftlichen Ein-

richtungen der Wirksamkeit der von der Natur gesetzten Unterschiede mit zwingender Gewalt die engsten Schranken gezogen sind.

Meine Herren! Ich glaube nunmehr die hauptsächlichsten, im Schulze'schen Vortrage enthaltenen Unrichtigkeiten widerlegt zu haben, und es bleibt mir zur Beendigung des Hauptgedankenganges jetzt noch die Aufgabe, die Berechtigung des Socialismus im Allgemeinen nachzuweisen. M. H., ich sage im Allgemeinen: denn, wie bereits bemerkt, ist überhaupt nicht die Zeit vorhanden, auf Einzelheiten in irgend welcher Beziehung einzugehen; es kommt aber hierzu noch, daß ich überdies, da ich genöthigt war, die wesentlichsten Unrichtigkeiten im Schulze'schen Vortrage als solche nachzuweisen, nunmehr mich bereits dem Ende meines Vortrags nähere, somit mich nothwendig darauf beschränken muß, ganz im Allgemeinen die Berechtigung der von Herrn Schulze angegriffenen Richtung nachzuweisen. Glücklicherweise aber, m. H., befinde ich mich in der Lage, Ihnen die tiefe Berechtigung, ja die Nothwendigkeit des Socialismus mit Einem Schlage nachzuweisen zu können.

(Schluß folgt.)

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 13. Oct.** [Die Erbärmlichkeit der preussischen Fortschrittspartei] liegt jetzt so offen zu Tage, daß auch die italienische Presse gleich der englischen und französischen den Stab über dieselbe bricht. Die „Perseveranza“ — und dies ist vielleicht das Bitterste, was man sagen kann, — meint, Cavour hätte zwar constitutionell regiert, hätte er aber einer solchen Kammer von Doctrinären gegenüber gestanden, wie das preussische Abgeordnetenhaus sei, so würde er sich freilich auch nicht viel um sie bekümmert haben.

[Ein sonderbarer Vorschlag] wird vom preussischen Abgeordneten Harkort gemacht. In einem Artikel mit der Ueberschrift „Korppolerforschung“ sagt er in der „Abein. Ztg.“:

Die Tage sind wieder einmal vorüber, wo Deutschland sich für eine Kriegsschiffe unter preussischer Führung begeisterte, die Gründe bedürfen keiner näheren Entwicklung, wo die Resultate sprechen: Beiträge fließen nicht mehr und die Kassenbestände der Vereine werden zurückgehalten. Eine deutsche Kriegsmarine harret noch vergeblich ihrer Schöpfung durch den kranken Bundesstag, wohin soll sich der gute Wille wenden, welcher unser Seeweien fördern will? Wir freuen uns Rede stehen zu können.

Schließlich kommt der Vorschlag zu Tag, die noch vorhandenen Flottengelder und weitere Sammlungen zum Zweck einer Nordpolexpedition zu verwenden. Da wäre man wenigstens die leidige Politik los!

[Ueber den allgemeinen Geldmangel] schreibt in beachtenswerther, wenn auch nicht wirtschaftlich genauer Weise das „N. Allg. Volksbl.“:

Die gegenwärtige Geldscarcität soll durch das Würfelspiel mit ausländischen Papieren, namentlich mit den beliebten „Amerikanern“ hervorgerufen und besonders durch die Berliner Börse verschuldet sein, die die königliche Hauptbank in Mitteldeutschland gezogen hat. Also das unstillige Hazardspiel einiger Hundert Börsenjobber stützt ganz Europa in Calamität! Was, fragen wir, sind die sogenannten Spielböllen, über welche die Bourgeoisblätter sich stets so entrüsten, im Vergleich zu diesen Börsen, und wie kann ein Berliner Blatt über Pomburg schreiben, so lange an der Spree ein viel unstilleres und viel gefährlicheres Spiel tagtäglich — selbst Sonntags öffentlich getrieben und — nicht von der königlichen Bank selbst, aber von „ehrenwerthen“ Bankhäusern, welche die königliche Bank für ihre verwerflichen egoistischen Zwecke ausbeuten, (durch Reports) unterstützt und genährt wird? In diesem Börsenspielfandal, in dem immer zahlreichere Millionen baaren Geldes festgelegt und dem die großen Geldinstitute immer dienstbarer gemacht werden, liegt der Erklärunggrund für die Geldknappheit, die abgesehen von den rasch aufeinanderfolgenden Krisen, permanent zu werden droht. Durch diese Jobbergeschäfte von so kolossalem Umfang, daß eben volkswirtschaftliche Theorien von der Arbeit u. s. w. praktisch reiner Hohn sind, wird eine so unerfüllliche Nachfrage nach Geld unter so sicheren und vortheilhaften Bedingungen (12 pCt.) erzeugt, daß der reelle Geschäftsmann und Fabrikant damit gar nicht concurrenzen kann. Hier ist der Punkt, wo der Staat die Lösung der sozialen Frage anzufassen hat. Sind unsere Spielböllen erst einmal angedrückt, so wird die ganze sociale Frage eine viel freundlichere Gestalt annehmen und manche Berge werden sich von selbst ebenen.

Sonderbarer Vorschlag! Das Börsenspiel ist ja nur der consequente Ausbau unserer materiellen Gesamtverhältnisse, deren deutlicher Ausdruck, die oberste Blüthe des Organismus. Schneidet diese Blüthe an einer Stelle ab und sie kommt an einer andern erneut zum Vorschein! Das Uebel sitzt tiefer.

[Aus München], 12. Oct., wird telegraphirt: „In gut unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß die telegraphische Mittheilung des „Münchener Correspondenten“ von einer hier bestehenden Ministerkrise und dem bereits erfolgten Rücktritte des Staatsministers des Innern unbegründet sei.“

[Armes Württemberg!] Auch in Württemberg ist Rogeard's „Armes Frankreich!“ confiscirt worden. Armes Deutschland!

[Ein wahrer Scandal] ist es, was sich bei Gelegenheit einer Anklage gegen einen Weichensteller in Marienwerder wegen Fahrlässigkeit, durch welche ein Eisenbahnzug durch falsche Weichenstellung gegen die Thorflügel eines Lokomotivschuppens gefahren ist, herausgestellt hat: daß nemlich der Angeklagte sechs und dreißig Stunden hinter einander in anstrengendem Dienst war.

Ausland.

* Paris, 11. Oct. [Wochenschau des „Moniteur.“ Tagesbericht.] Nach Behandlung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Tunis und einigen Bemerkungen über den Aufstand in Saragossa kommt das amtliche Blatt in seiner heutigen Wochenschau auf den Abgeordnetentag in Frankfurt zu sprechen. Nachdem gesagt worden, daß die Mittelstaaten fast die vollständige Gesamtheit der 300 Abgeordneten geliefert haben, fügt es hinzu: „Das Wegbleiben der Deputirten aus Preußen fiel um so mehr auf, als die zwischen der Kammer und der Krone bestehende Nichtübereinstimmung die Oppositionsmitglieder bestimmen zu müssen schien, dem Auftrufe des liberalen Comité's nachzukommen.“ Hierauf bespricht der „Moniteur“ den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem Zollvereine und Italien unter Hinweisung auf die Beschlüsse der Handelskammern von Dresden und Berlin zu Gunsten eines Einverständnisses mit Italien in Handelsfachen, und sagt dann: „Man hatte gemeint, daß die durch die Gasteiner Convention kundgewordene Annäherung die Wirkung haben könnte, Preußen zur Vertagung dieser Idee zu bestimmen; aber das Berliner Cabinet scheint gewillt zu sein, derselben Folge zu geben, und man versichert, daß die Mittheilungen an das italienische Gouvernement stets dasselbe Verlangen bezeigen, daß diese

Unterhandlungen zu einem guten Ende geheißen möchten.“ Nach einigen Worten über Dänemark wendet sich das Blatt wieder den Donau-Fürstenthümern zu. „Die türkische Regierung“ — so sagt dasselbe hier — „hat unter dem 2. Sept. an den Fürsten Rusa eine Depesche gerichtet, welche Bezug auf die Ereignisse in Bukarest hat. Dieses Attentat, welches veröffentlicht worden ist, hat den Zweck, die Aufmerksamkeit des Fürsten auf die Nothwendigkeit hinzuwirken, daß er so bald als möglich die geeigneten Maßregeln ergreife, damit das Unbehagen, dessen Symptome in jüngster Zeit sich offenbarten, ein Ende nehme. Die moldauwalachische Regierung hat nun den Mächten eine Darlegung ihres Verfahrens zukommen lassen, an deren Schluß sie die Proklamation einer absoluten Amnestie für alle an der Bewegung vom 15. August beteiligten Individuen ansetzt.“ Schließlich bespricht das amtliche Blatt die amerikanischen Angelegenheiten, wobei es nicht ganz seine Vorliebe für den Süden verbergen kann, dessen schnelle Rekonstitution es als eine dringliche Nothwendigkeit erscheinen läßt. — Wie es heißt, hat Graf v. Bismarck eine Einladung nach Compiegne erhalten. Auch soll der König der Belgier die Absicht haben, sich dort einzustellen. — Die Patrie und auch andere Blätter enthalten heute heftige Ausfälle gegen England, weil die Times und die Morning Post das Projekt Frankreichs, demzufolge Europa für den Gesundheitszustand im Orient sorgen soll, für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei erklären. — Die Gazette de France kündigt heute an, daß sie den Minister des Innern wegen des zweiten ihr gegebenen Avertissements beim Staatsrathe (d. h. den Teufel bei seiner Großmutter) verklagen wird.

— 12. Oct. [Neuestes.] Der „Abend-Moniteur“ theilt mit, daß der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz heute Mittag um 1 Uhr in St. Cloud eingetroffen sind. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Bucharest hat sich der Gesundheitszustand des Fürsten Rusa gebessert.

* London, 10. Oct. [Die Ausgaben für Parlamentswahlen], d. h. diejenigen Kosten, welche die Englischen Parlamentswahlen dem Candidaten verursachen, sind sehr hoch, aber gleichzeitig sehr verschieden. Die „Times“ berichtet schon seit längerer Zeit über diesen Gegenstand. In South Essex wurden zwei conservative Candidaten erwählt, von denen Selwyn 2594 Pfd. *) Lord Cecil 2605 Pfd. St. Kosten zu zahlen hatten. Der liberale Candidat Baker hatte 6374 Pfd. St. zu zahlen, und dennoch fiel er bei der Wahl durch. In North Essex gaben Du Cane 1496 Pfd. St., Sir T. Western 3946 Pfd. St. und der unglückliche conservative Candidat Major Beresford 1491 Pfd. St. aus. Diese vier Grasschaftswahlen veranlaßten eine Ausgabe von 18,505 Pfd. St. Lord Brougham gab in seiner Eröffnungsrede des socialwissenschaftlichen Congresses zu Sheffield die Kosten, welche die Wahl John Stuart Mill's für Westminster verursachte, auf über 1500 Pfd. St. für zehn Tage an. James Beal, der Agent der liberalen Partei, welche die Wahl Mill's betrieb, veröffentlicht nun einen Brief in den Zeitungen, in welchem er die wirklichen Kosten vom Anfange der Wahlagitation im April bis zum Ende derselben specificirt. Dieselben betragen:

Anzeigen	Pfd. St.	373	14	—
Porto, Druckpapier, Papier		642	14	4
Miethe öffentlicher Säle und Zimmer		128	4	4
Lohn für Schreiber, Boten und Zettelankleber		840	18	—
Zahlung an den Wahl-Beamten (returning officer)		217	4	—
Zahlung an Capitan Grosvenor (einen concurrenden Candidaten) für einen Theil der am Wahltag ausgelegten Kosten		100	—	—
	Pfd. St.	2302	11	8
Wähler und Freunde zeichneten		2266	6	1

*) Ein Pfund Sterling ist gleich 6 Thren. 20 Sgr.

Alles ist bezahlt. Es bleibt somit ein Defizit von 25 Pfd. St. — Beal bemerkt zu dieser Abrechnung: So groß die Ausgaben auch waren — viel größer, als sie unter einem gut regulirten Wahlsystem sein dürften — so betragen sie doch nur ungefähr die Hälfte eines jeden anderen Candidaten. Statt daß 1500 Pfd. St. in zehn Tagen ausgegeben worden, schätzte Beal die Ausgaben der letzten paar Tage allein auf 1000; er fügt hinzu: „Hätte der Wahlkampf nicht so lange gedauert, wären und dürften alle gerechtfertigten Ausgaben sich auf nicht mehr als 1200 Pfd. St. belaufen — eine Summe, welche jedoch noch immer bei Weitem die Mittel einer großen Klasse von Leuten übersteigt, die zur Repräsentation großer und einflußreicher Wahlkörper geeignet wären.“ — Wir denken, aus diesen Kostenaufzügen wird jedem ersichtlich, wer in England die Parlamentswahlen und dadurch die Staatsregierung in Händen hat.

Kopenhagen, 12. Oct. [Zur Verfassungsfrage.] Heute hat das Landsting den Verfassungsentwurf der Regierung mit mehreren Aenderungsanschlägen mit 49 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Entwurf geht jetzt an einen gemeinsamen Ausschuß beider Thinge von 30 Mitgliedern.

* Italien. [Entwaffnung oder nicht? Die päpstlichen Truppen. Zur Finanzfrage.] Eine schlimme Sache mit den Zeitungsnachrichten! So hieß es jüngst bald: Italien rüftet, bald: Italien entwaffnet. Die Wahrheit scheint in der Mitte zu liegen. Es ist richtig, daß die Regierung 2000 Stück Pferde hat ankaufen lassen. Auf der anderen Seite sind starke Beurteilungen erfolgt, die indeß schnell rückgängig gemacht werden können. Uebrigens macht die „Nazione“ zu diesen Beurteilungen die Bemerkung, man habe 50,000 Mann entlassen, um für 46,000 Rekruten, die, wie jedes Jahr, nächsten eingezogen würden, Platz zu machen. Italien steht auf dem Posten und die venetianische Frage kann als Ablenkungsmittel wegen der römischen Frage jeden Tag brennend gemacht werden, das ist richtig. An den Festungsbesetzungen wird eifrig gebaut; Menabrea ist in Perugia, um die Apenninlinie zu studiren. Auch die stärkere Befestigung Bologna's ist im Plane. Die Nachricht, daß die Abzugsbewegungen der Franzosen in den Provinzen Velletri und Frosinone bereits begonnen haben, war verfrüht; diese Bewegungen sind noch auf einige Wochen vertagt. — Die Angabe der „France“, französischerseits sei den italienischen Befehlshabern dieselbe gute Gränzameradschaft empfohlen worden, die sie mit den Franzosen gepflogen, bezeichnet die „Italie“ als grundlos und tactlos zugleich. „Unsere Bundesgenossen von Magenta und Solferino“, setzt die „Italie“ hinzu, „hatten ganz anderes Anrecht auf Hochachtung von italienischer Seite, als die ausländischen Soldner, welche in Perugia und Castelfidardo für den Papst fochten. Wir bezweifeln, daß dieselben nachbarlichen Beziehungen unserer Offiziere mit den Franzosen auch den österreichischen und bairischen Päpstlichen zu Gute kommen werden.“ — Marquis Pepoli bespricht in einer Broschüre, die in diesen Tagen erscheinen wird, die Finanzfrage und kommt dabei zu folgenden Conclusionen:

Ich verlange von der Regierung, daß sie diese Vorschrift in der Finanz-Angelegenheit respectirt: daß sie also nicht bei dem einen Gesetze das national-ökonomische System befolge, welches in der direkten Besteuerung die zweckmäßigste und billigste Methode erblickt, bei dem anderen aber sich an das entgegen gesetzte System halte, welches die ausschließliche Entwicklung der indirecten Steuern befristet. Ich verlange, daß man nicht heute vor das Parlament tritt, um das Gesetz über die Mobiliensteuer zu empfehlen, weil es den Uebergang zur einfachen Besteuerung anbahnt, und morgen das entgegen gesetzte Extrem in der Mobiliensteuer empfiehlt; denn die vereinten Wirkungen dieser beiden Gesetze würden dem Lande doppelt schwer fallen. Und vor Allem verlange ich, daß man nicht zur Vertheidigung der Mobiliensteuer die Argumente geltend macht, welche schon Mac-Culloch angewandt hat, um die Mobiliensteuer zu bekämpfen. Es genügt nicht, Steuern auszusprechen, um den Staatsschatz wieder in Stand zu setzen, sondern man muß mit Vorsicht besteuern. Es genügt nicht, dafür zu sorgen, daß Italien viel zahle, sondern auch, daß es seine Kräfte und seine Ersparnisse nicht vergebre, da diese ihm nöthig